



20.038

## Massnahmenpaket zugunsten der Medien

### Train de mesures en faveur des médias

*Fortsetzung – Suite*

#### CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.06.20 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 18.06.20 (FORTSETZUNG - SUITE)

### Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien Loi fédérale sur un train de mesures en faveur des médias

#### Ziff. 2 Art. 1 Titel, Abs. 1, 1bis

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### Ch. 2 art. 1 titre, al. 1, 1bis

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

#### Ziff. 2 Art. 40

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

... betragen mindestens 5 Prozent für TV-Veranstalter (alleine) und mindestens 3 Prozent für Radioveranstalter (alleine) des Ertrages ...

*Antrag Vara*

*Abs. 2*

... Es berücksichtigt auch die verschiedenen im Rahmen einer Konzession produzierten Programme und fügt proportional zu jedem zusätzlichen Programm einen Betrag hinzu.

#### Ch. 2 art. 40

*Proposition de la commission*

*Al. 1*

... un montant d'au moins 5 pour cent, pour les seuls diffuseurs de programmes de télévision, et d'au moins 3 pour cent, pour les seuls diffuseurs de programmes de radio, du produit ...

*Proposition Vara*

*Al. 2*

... Il tient aussi compte des différents programmes produits au sein d'une même concession et ajoute un montant proportionnel pour chaque programme supplémentaire.

*Développement par écrit*

Historiquement, l'OFCOM a défini un facteur de répartition pour certaines zones de desserte pour couvrir les frais particuliers de radios qui doivent livrer des prestations qui considèrent les particularités politiques, économiques et culturelles de ces régions. Dans la répartition de la quote-part de redevance en 2008, un facteur de 0,75 par programme supplémentaire avait été ajouté pour tenir compte de cette situation. Lors des dernières adaptations de la quote-part de la redevance, ainsi que lors de l'attribution par le Conseil fédéral d'une aide





d'urgence pour les radios et télévisions locales dans le contexte du coronavirus, ce facteur de répartition n'a plus été appliqué. La loi sur la radio et la télévision doit ainsi être révisée pour tenir compte des particularités politiques, économiques et culturelles des régions concernées et permettre aux radios concernées de maintenir la qualité de leur mandat de prestations.

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Den zweiten Teil dieses dreiteiligen Massnahmenpakets bilden Anpassungen am Bundesgesetz über Radio und Fernsehen. Hier hat die Kommission Artikel 40 Absatz 1 derart abgeändert, dass neu 8 statt 6 Prozent für diese TV- und Radioveranstalter zur Verfügung stehen sollen. Die Kommission hat den Hilferuf vieler privater Radio- und Fernsehstationen gehört und beantragt deshalb eine Anpassung des Verteilschlüssels. Statt wie bisher 6 Prozent – was 81 Millionen Franken ergibt – sollen neu 8 Prozent auf diese Stationen entfallen, 5 Prozent für die TV-Veranstalter und 3 für die Radios. Was man auch wissen muss: 2 Prozent entsprechen etwa 27 Millionen Franken aus dem Serafe-Gebührentopf.

Der Bundesrat konnte kürzlich erfreulicherweise die Radio- und Fernsehgebühr ab 2021 für alle Schweizer Privathaushalte von bisher 365 Franken auf neu 335 Franken senken. Gleichzeitig hat er die Tarifstruktur für die Unternehmensabgabe verfeinert, wovon 93 Prozent der abgabepflichtigen Unternehmen profitieren sollen. Zudem hat der Bundesrat den Gebührenanteil der SRG um 50 Millionen auf 1,25 Milliarden Franken erhöht und damit auch die Werbeausfälle der SRG ein Stück weit kompensiert. Davon profitierten in geringerem Ausmass auch die lokalen und regionalen Radio- und Fernsehveranstalter.

Möglich gemacht hat dies der Umstand, dass die Zahl der abgabepflichtigen Haushalte stärker zugenommen hat als ursprünglich angenommen. Das hat zu einem Einnahmenüberschuss geführt. Dieser betrug 113,2 Millionen Franken per Ende 2019. Aktuell wird ein Teil davon als Schwankungsreserve im Umfang von rund 65 Millionen Franken weitergeführt. Wir sind hier also in einem Bereich, der aus der Radio- und Fernsehgebühr finanziert wird. Wir sprechen hier nicht mehr über Steuermittel, die aufgewendet werden sollen, sondern über den Verteilschlüssel dieser vereinnahmten Abgaben aus der Radio- und Fernsehgebühr.

Man wird der Kommission jetzt womöglich entgegenhalten, dass das dazu führen könnte, dass in einigen Jahren die Haushaltabgabe und auch die Abgabe für die Unternehmungen erhöht werden müssten, um alle Verpflichtungen im Zusammenhang mit dieser Gebühr erfüllen zu können. Diesbezüglich hält die Kommission entgegen, dass der Bundesrat bei der Frage, wie er diese Gebühren verteilt, einen beträchtlichen Spielraum hat. Es ist der Bundesrat, welcher über all die nicht gesetzlich festgelegten Summen verfügen kann. Insofern ist diese Warnung, in drei oder vier Jahren müsse man damit rechnen, dass die Haushaltabgabe erhöht werde, mindestens mit Vorsicht zu geniessen. Schauen wir doch, wie hoch dann in drei oder vier Jahren der Stand in dieser Kasse ist.

Ich möchte Ihnen empfehlen, der Kommission zu folgen. Die privaten Radio- und Fernsehveranstalter haben ebenfalls von der Nothilfe profitieren können. Sie sind natürlich in ähnlichem Umfang davon betroffen, dass die Werbung zurückgegangen ist. Sie sind für die öffentliche Meinungsbildung und für den Service public in den Regionen von erheblicher Relevanz – andernfalls könnten sie von diesem Topf gar nicht profitieren. Das einzige, was die Kommission vorschlägt, ist die Erhöhung von 6 auf 8 Prozent, was ungefähr 27 Millionen Franken ausmachen würde.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Sie haben den Kommissionssprecher gehört: Heute erhalten die privaten

AB 2020 S 612 / BO 2020 E 612

Radio- und Fernsehveranstalter 6 Prozent des Ertrags aus der Radio- und Fernsehgebühr. Dieser Prozentsatz gilt seit der letzten RTVG-Teilrevision, die aus dem Jahr 2016 stammt. Vorher waren es 4 Prozent. Es gab also 2016 bereits eine Erhöhung. Jetzt möchte Ihre Kommission noch einmal eine zusätzliche Erhöhung. Ich wiederhole es nicht, der Kommissionssprecher hat schon gesagt, um wie viele Millionen es sich handeln würde.

Wenn man den Veranstaltern jetzt mehr bezahlen will, dann muss man sich einfach bewusst sein, dass die privaten Radio- und Fernsehveranstalter auch mehr kommerzielle Einnahmen erwirtschaften müssen. Das Gesetz sieht nämlich vor, dass sie zwischen 20 und 30 Prozent ihres Betriebsaufwands selber finanzieren. Das heisst, die Veranstalter müssen mehr Werbe- oder Sponsoring-Einnahmen haben, damit sie auch entsprechend mehr von der Abgabe erhalten. Ich bin einfach nicht ganz sicher, ob das durchwegs möglich ist. Die Erfahrung zeigt nämlich, dass die privaten Radio- und Fernsehveranstalter heute schon Mühe haben. Das hat dann zur Folge, dass sie nicht den ganzen Abgabeanteil, der ihnen laut der Konzession zusteht, abholen können. Das muss Sie aber eigentlich nicht kümmern, Sie wollen die Möglichkeit, das Potenzial schaffen, dort



mehr Geld abzuholen.

Eine andere Überlegung, die ich Sie auch noch zu machen bitte, ist eine Frage im Zusammenhang mit dem Antrag Ihrer Kommission, die einen fixen Verteilschlüssel vorgeben möchte. Die Vorbereitungsarbeiten für die Neukonzessionierungen laufen jetzt. Wenn Sie mindestens 5 Prozent für die Fernsehveranstalter und mindestens 3 Prozent für Radioveranstalter festlegen, dann schränken Sie mit dieser fixen Verteilung natürlich den Handlungsspielraum unter Umständen etwas ein. Das müssen Sie sich einfach auch vor Augen halten.

Es ist allerdings so, dass diese 3 und 5 Prozent, die jetzt ins Gesetz geschrieben werden sollen, ungefähr der heutigen Verteilung entsprechen. Es ist also nicht eine Veränderung, aber man muss einfach wissen: Wenn das im Gesetz steht, gibt es weniger Handlungsspielraum.

Dann hat der Kommissionspräsident Sie darauf vorbereitet, dass ich – ich muss das machen – Ihnen Folgendes zu bedenken gebe: Auf Anfang 2021 hat der Bundesrat ja die Abgabe für die Haushalte und die KMU beträchtlich gesenkt. Wenn Sie jetzt die Ausgabenposten erhöhen und dafür mehr Geld brauchen, kann man natürlich nicht ausschliessen, dass es dann plötzlich doch zu wenig Geld in der Kasse hat und wir über eine Gebührenerhöhung sprechen müssen. Das möchten wir natürlich alle nicht.

Wie Sie hören, ist der Bundesrat da nicht grundsätzlich dagegen, aber ich habe doch gefunden, es sei wichtig, dass Sie die Skepsis des Bundesrates in Bezug auf diese Festlegung gehört haben. Mir geht es fast am meisten darum, dass Sie so fixe Beträge – mindestens 5 Prozent, mindestens 3 Prozent – ins Gesetz schreiben. Ich verlange keine Abstimmung, aber ich denke, es ist gut, wenn der Zweitrat dann vielleicht auch noch einmal überlegt, ob das Geld überhaupt abgeholt werden kann, ob es sinnvoll ist, ob es mehr Vorteile bringt, wenn Sie den Handlungsspielraum im Hinblick auf die Neukonzessionierungen einschränken.

Das sind die Überlegungen, die ich machen wollte, aber ich verlange keine Abstimmung.

**Vara Céline (G, NE):** La proposition que vous avez sous vos yeux vise à ancrer dans la loi fédérale sur la radio et la télévision un principe de répartition juste et équitable de la quote-part de la redevance qui permette de tenir compte des particularités politiques, économiques et culturelles de nos régions. En effet, alors que des principes de répartition de cette quote-part avaient été convenus, coup de théâtre en 2016: la formule retenue n'est plus respectée par la Confédération et les radios concernées se retrouvent pénalisées par des adaptations arbitraires décidées unilatéralement par l'Office fédéral de la communication.

Les médias concernés sont notamment tous ceux qui diffusent des contenus dans des régions bilingues ou qui doivent proposer plusieurs fenêtres de programmes pour prendre en considération les particularités de leurs régions et zones de desserte. Je peux notamment citer les radios de ma région, à savoir RTN (Radio-télévision neuchâteloise), RFJ (Radio fréquence Jura) et RJB (Radio Jura bernois). Bien que réunies dans une même concession, ces radios sont indépendantes les unes des autres et ont pour obligation de fournir trois prestations différentes pour trois publics différents. Ces trois radios couvrent en effet les cantons de Neuchâtel et du Jura ainsi que les districts francophones du canton de Berne.

Mais d'autres régions et cantons en Suisse ont également des radios disposant de mandats particuliers. Dans le canton de Fribourg, Radio Fribourg/Freiburg doit diffuser deux programmes, l'un en allemand, l'autre en français. La radio Canal 3, au même titre que Radio Fribourg/Freiburg, doit diffuser deux programmes dans la région de Bienne pour tenir compte de sa réalité bilingue. Radio Südostschweiz – ou RSO – diffuse en Suisse orientale des programmes différents dans sa zone de desserte s'étendant de Glaris aux Grisons, y compris l'Engadine.

Ces médias ont tous en commun un objectif que nous partageons dans notre chambre: ils doivent prendre en considération différentes régions dotées de spécificités culturelles et politiques fortes, une langue différente et un bilinguisme bien ancré. Ces quelques exemples portent sur des radios qui ont l'obligation, le devoir de maintenir différentes fenêtres de programmes dans le cadre de leur mandat de prestations convenu avec le DETEC.

Evidemment, même si elles sont réunies dans une même concession, ces radios connaissent des coûts d'exploitation proportionnellement et sensiblement plus élevés. C'est pourquoi l'OFCOM a admis que pour couvrir les frais particuliers de ces groupes de radios, il était nécessaire d'ajouter, pour chaque fenêtre de programme supplémentaire, un montant additionnel au montant de base de la quote-part de la redevance. Au moment de la répartition des recettes de la redevance de radio-télévision, l'office applique ce qu'il appelle des facteurs de répartition qui consistent à multiplier par 0,75 le montant de base issu de la redevance pour chaque programme supplémentaire.

Autrement dit, pour chaque radio supplémentaire comprise dans une même concession. Or n'étant pas inscrits dans la loi sur la radio et la télévision, ces facteurs de répartition n'ont dernièrement plus été appliqués par l'OFCOM, d'où la proposition qui vous est soumise aujourd'hui, qui vise à rendre le système non seulement un



peu plus juste mais également plus transparent et plus précis. Il est d'ailleurs étonnant de constater que seuls ces facteurs de répartition sont absents de l'article 40 alinéa 2 de la loi sur la radio et la télévision. La taille et le potentiel économique de la zone de desserte, les frais que le concessionnaire doit engager ainsi que les frais de diffusion sont autant d'éléments qui entrent pourtant dans l'équation.

Jusqu'à présent, ne figurant pas dans la loi, ces facteurs de répartition ont été appliqués à la discrétion de l'OFCOM. Pendant plus de dix ans, ceux-ci ont permis aux radios régionales qui en bénéficient de garantir une offre de programmes pour différents publics cibles. Pour l'Arc jurassien, ces facteurs de répartition permettent tout simplement de garantir que les Jurassiens auront un programme radiophonique différent des Bernois et des Neuchâtelois.

Mais voilà que lors du passage de la redevance de 4 à 5 pour cent, en 2016, l'OFCOM décide, comme je l'ai dit, arbitrairement de ne plus tenir compte des facteurs de répartition. L'application à géométrie variable de la pratique par l'OFCOM est injuste pour les médias concernés qui tout à coup se retrouvent sans les revenus nécessaires pour fournir les prestations qui leur sont demandées.

La proposition soumise à notre chambre vise ni plus, ni moins qu'à inscrire dans la loi la pratique que l'OFCOM a historiquement toujours appliquée. Cette pratique est juste et équitable. Elle permet de garantir un équilibre et de faire en sorte que les médias concernés puissent continuer à fournir à leurs auditeurs les prestations auxquelles ils ont droit en tant que contributeurs de la redevance de radio-télévision. Ces médias qui participent activement à l'information de nos régions respectives se sont engagés auprès de la Confédération à produire de manière délocalisée plusieurs fenêtres de

#### AB 2020 S 613 / BO 2020 E 613

programmes rédactionnels. Encore une fois, la Confédération a attribué une concession à ces médias en raison de cet engagement. Ce sont la diversité d'information et le fédéralisme qui sont en jeu.

J'aurais de la peine à imaginer que ces médias doivent aujourd'hui renoncer aux différents programmes qui tiennent compte de nos spécificités régionales, mais aussi de notre richesse linguistique, dont nous profitons toutes et tous. Ma région, l'Arc jurassien, s'étend sur trois cantons aux spécificités régionales fortes. Comment imaginer qu'il n'y ait plus qu'une seule radio pour des publics si différents?

Quand bien même la situation devrait être revue en 2025, avec le renouvellement de l'octroi des diverses concessions, il n'en reste pas moins que la situation actuelle va pénaliser fortement les médias concernés pendant cinq ans, rendant impossible le maintien des prestations qui sont offertes aujourd'hui.

J'ajouterai encore que cette proposition ne demande pas de budget supplémentaire et n'introduit rien de nouveau à la pratique qui avait cours jusqu'à récemment, sans opposition d'aucun canton ni d'aucune région. Elle inscrit dans la loi sur la radio et la télévision un principe juste et équitable qui a perduré pendant plus de dix ans et qu'il ne conviendrait pas d'abandonner arbitrairement aujourd'hui.

Il s'agit donc – je résume – d'appliquer davantage de transparence et de précision en ajoutant, à l'article 40 alinéa 2 LRTV, l'un des paramètres du calcul de répartition de la quote-part de la redevance. Nous nous devons d'agir aujourd'hui et de profiter que cet objet vous est soumis pour y apporter la modification proposée.

Je vous invite à soutenir ma proposition.

**Français** Olivier (RL, VD): J'ai reçu le message qui vient d'être répercuté par Mme Vara – entre autres de la part de l'association – et auquel, à la première lecture, je suis très favorable. Puis je reviens en arrière dans ce qui se passe dans le monde des médias, et en particulier de ces radios et télévisions régionales, qui progressivement ne font plus qu'une. Dans ma région par exemple, il y avait, à l'époque, une radio-télévision à Lausanne – il y en avait même deux –, et une à Fribourg, puis, à un moment donné, tout cela a été mis ensemble. Cela fait un certain temps que cela existe.

Alors j'écoute, mais je ne suis pas le seul à écouter. Je pense que l'OFCOM aussi écoute. Que constate-t-il? C'est que cette information, que vous dites hyper-régionale ou ultraconcentrée sur une région, elle n'existe pas – ou quasiment pas. Il n'y a quasiment pas de différence dans l'information. Juger quelle proportion devrait être prise en compte pour une information ultrarégionale demanderait des ressources relativement importantes à l'OFCOM, entre autres aussi pour surveiller la qualité de cette information.

Le sujet est intéressant, je ne le cache pas. Mais nous n'en avons pas du tout parlé en commission. Je pense que l'OFCOM, à un moment donné, a fait juste, mais il doit s'en mordre les doigts aujourd'hui, puisqu'il faudrait peut-être revenir en arrière. Je pense aussi qu'il a fait une analyse attentive par rapport aux réalités de l'information donnée par ces radios et télévisions qui se regroupaient par force régionale, tout simplement aussi pour des raisons économiques.

Si je suis sensible au thème, je n'oserais pour ma part pas soutenir la proposition Vara telle quelle est formulée.



En l'état, sa mise en oeuvre est d'abord difficile à surveiller. Et elle n'a pas fait l'objet d'une analyse ad hoc. Quitte à y revenir plus tard, on pourrait peut-être en discuter tranquillement au sein de la commission et trouver un texte dûment approprié. Pour ma part, je m'y opposerai. Si on veut ouvrir ce débat-là, on peut aller encore plus loin, car nous avons reçu d'autres lettres de radios et de télévisions qui ne sont aujourd'hui pas subventionnées et qui sont dans des difficultés financières relativement importantes, ceci justement parce que les ressources de la publicité sont proches de zéro.

Par souci de juste traitement des uns et des autres, et par souci des deniers publics, je vous propose de ne pas nous lancer dans cette aventure et de rejeter la proposition de notre collègue Vara.

**Gapany** Johanna (RL, FR): Jusqu'à récemment, la Confédération approuvait le bon sens appliqué par les radios régionales et soutenait même les efforts pour une meilleure efficacité, finalement, au sein des régions. Notre collègue, Céline Vara, a parlé de son canton et de sa région, tout en mentionnant aussi d'autres régions. La situation est la même à Fribourg.

Les efforts sont constants pour nourrir et développer la culture du bilinguisme: on a Radio Fribourg et Radio Freiburg. C'est la même concession, mais ce ne sont pas les mêmes journalistes; ce ne sont pas les mêmes programmes; ce ne sont pas les mêmes chansons; ce ne sont pas les mêmes accents; et ce ne sont même pas les mêmes auditeurs. Chaque radio doit couvrir des frais particuliers en lien avec ses particularités qui sont non seulement économiques, régionales, culturelles, mais aussi politiques, et qui concernent les auditeurs à qui elles s'adressent.

Faire des économies, elles savent le faire. Cela fait longtemps que les radios régionales font des économies, mais leur demander des miracles revient à signer la disparition de certaines chaînes régionales, et on sait déjà lesquelles cela va toucher. Ce sera là où il y a des minorités, et pourtant des minorités qui comptent dans de nombreuses régions. Les considérer comme une seule radio lorsqu'il s'agit de répartir la quote-part de la redevance, d'une aide exceptionnelle ou d'une aide d'urgence, comme cela a été le cas récemment, sous prétexte qu'elles sont sous la même concession, c'est mettre en danger la diversité médiatique et culturelle dans nos régions.

La radio, c'est une voix, celle d'une région qui parle à cette région. La radio, c'est de l'information en direct, en continu: où que vous soyez, vous savez ce qu'il se passe dans votre région. Et pour que la radio reste régionale, je vous invite à soutenir le projet, pour que les différents programmes produits au sein d'une même concession fassent l'objet d'un montant additionnel, et que l'application à géométrie variable des engagements pris lors de l'octroi des concessions ne puisse plus se reproduire. En gros, il s'agit de continuer comme cela a été fait au départ.

**Juillard** Charles (M-CEB, JU): Si je suis souvent d'accord avec M. Français, ici je dois quand même bien reconnaître que nous allons avoir une divergence sur cette question.

Ce que vient de dire Mme Gapany est tout à fait vrai. C'est une concession, ce sont trois régions – je prends l'exemple de l'Arc jurassien, mais il y en a beaucoup d'autres; on a entendu celui de Fribourg – et ce ne sont pas les mêmes journalistes, ni les mêmes émissions, ni les mêmes informations ou le même public. Maintenant qu'avec le DAB plus, même depuis l'Arc lémanique vous pouvez écouter Radio fréquence Jura, Radio Jura bernois ou RTN, je vous invite vraiment à le faire, et je peux même vous assurer que ce n'est pas le même accent! Cela vaut la peine de se rendre compte qu'il y a trois programmes qui sont différents.

Si le financement est augmenté d'un facteur 0,75, c'est bien pour inciter ces radios à réaliser un maximum de synergies. C'est possible dans toute une série d'activités – activités administratives, déploiement de certains réseaux. Mais il y a, pour le reste, des frais spécifiques à chacune de ces radios.

C'est la raison pour laquelle je vous invite à soutenir la proposition Vara.

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Dieser Antrag lag der Kommission nicht vor. Entsprechend konnte er nicht beraten werden, und dementsprechend kann ich hier auch keine Haltung der Kommission zu dieser Frage präsentieren.

Auf den ersten Blick scheinen mir die Tragweite und die Auswirkungen dieses Antrags zu wenig geklärt, als dass man hier stante pede darüber entscheiden könnte. Immerhin sollte sich der Zweitrat mit den Fragen befassen, ob die Bedingungen in Artikel 40 Absatz 2, die dem UVEK bei der Verteilung dieser Beiträge einen relativ grossen Spielraum einräumen, klar genug sind und ob sie die in der Vergangenheit angewandte Praxis auch hinreichend abbilden. Sie fügten hier das Beispiel einer Radiostation auch aus meinem Kanton an, die

AB 2020 S 614 / BO 2020 E 614

nicht nur auf den Kanton Graubünden beschränkt ist, sondern auch für andere Kantone Sendungen macht.





Ich kann hier einfach nicht beurteilen, welches die Tragweite dieses Antrages für das Gesamtsystem wäre. Heute ist es so: Eine Konzession kommt mit einer Verpflichtung, die in der Regel eine Minimalverpflichtung darstellt. Aufgrund eines Leistungsauftrags wird der Konzessionsinhaber beauftragt, mindestens ein Programmfenster zu öffnen, und alles, was er darüber hinaus macht, geschieht freiwillig – es besteht keine Verpflichtung dafür. Der Antrag geht in die Richtung, dass man von einem System, bei dem bestellte Leistungen bezahlt werden, zu einem System à la carte übergeht, bei dem der Konzessionär bestimmt, welche Leistungen er erbringt, und die Rechnung durch den Bund bezahlen lässt.

Ich habe verstanden, was Ihr Anliegen ist, würde Ihnen aber vielleicht raten, diese Angelegenheit im Zweitrat diskutieren zu lassen. Vielleicht braucht es eine Konkretisierung von Absatz 2, vor allem, wenn es so ist, dass das heute schon so angewandt wird, wie Sie es hier dargestellt haben. Im Moment müsste ich Ihnen sonst beantragen, den Einzelantrag Vara abzulehnen.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Für die Verteilung der Abgabenteile hat das UVEK 2008, im Rahmen der Neukonzessionierung, ein Berechnungsmodell eingeführt. Der Meccano funktioniert so: Alle konzessionierten Veranstalter erhalten einen einheitlichen Grundbeitrag zur Deckung der Produktionskosten; das gilt für alle, abgestuft, so wie es im Gesetz festgehalten ist. Wenn aber die Konzession vom Veranstalter zusätzliche publizistische Leistungen verlangt, zum Beispiel die Publikation eines zweisprachigen Programms oder auch spezieller Programmfenster, dann gibt es für diesen Grundbeitrag an die Betriebskosten einen Multiplikator, dann weiss man: Es kostet natürlich mehr, wenn in der Konzession ein zweisprachiges Programm verlangt wird anstatt nur ein einsprachiges. Das wird aber heute bei der Berechnung des Grundbeitrags für die Konzession berücksichtigt. In diesem Sinne ist aus unserer Sicht das Anliegen dieses Antrages bereits umgesetzt.

Die Frage ist, was passiert, wenn ein Konzessionär, ein Veranstalter, während der laufenden Konzession zum Beispiel freiwillig ein zusätzliches Programmfenster anbietet. Da stellt sich jetzt die Frage, ob er sagen kann, er hätte dafür auch gerne mehr Geld. Er macht es aber freiwillig, er macht es ausserhalb des Konzessionsauftrags. Er muss das auch nicht mit dem Bund absprechen, das ist sein freiwilliger Entscheid. Gemäss Einzelantrag Vara würde sich die Unterstützung jetzt nicht mehr an der Konzession orientieren, sondern an den Programmen. Das ist natürlich ein Problem, weil jemand eine Konzession, einen Auftrag und einen Grundbeitrag bekommt. Wenn jetzt während der Konzessionszeit freiwillig zusätzliche Programme eingeführt werden – was vielleicht wünschbar oder auch erfreulich ist – und der Veranstalter sagt, dafür hätte er jetzt auch gerne mehr Geld, denn er habe jetzt noch ein zusätzliches Programm eingeführt, dann ist die Frage, ob er dann mehr Geld bekommt. Dann müssten Sie entweder insgesamt mehr Mittel zur Verfügung stellen oder jemandem das Geld wegnehmen. Heute sind die Konzessionsgelder eigentlich verteilt. Es ist nicht so, dass da irgendwo noch ein Kässeli ist, aus dem man sich zusätzlich bedienen kann.

In diesem Sinne sind wir eigentlich der Meinung, man sollte diesen Leistungsauftrag im Rahmen der Konzession festschreiben. Noch einmal, wenn hier spezielle Leistungen erbracht werden, z. B. ein zweisprachiges Programm, dann soll das beim Grundbeitrag entsprechend berücksichtigt werden. Dann soll der Grundbeitrag erhöht werden, aber das wird heute bereits gemacht. Das ist das, was ich Ihnen dazu sagen kann. Ich würde Sie aus diesen Gründen bitten, diesen Einzelantrag abzulehnen.

Vielleicht noch ein Angebot: Der Berichterstatter hat gesagt, man solle die Frage noch im Nationalrat anschauen, weil sie in der Kommission nicht diskutiert wurde. Wir sind gerne bereit, diesen Mechanismus in der Kommission des Nationalrates noch einmal aufzuzeigen und zu schauen, ob es im Einzelfall ein Problem gibt und warum. Aber der Grundmeccano ist heute so, wie ich es Ihnen gesagt habe. Daran würden wir gerne nichts ändern.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission ... 22 Stimmen

Für den Antrag Vara ... 17 Stimmen

(1 Enthaltung)

#### **Ziff. 2 Art. 44 Abs. 3; 68a Abs. 1 Bst. h**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates



**Ch. 2 art. 44 al. 3; 68a al. 1 let. h**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 2 Art. 70**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 2*

... in der Schweiz hat. Nicht als Unternehmen gilt eine einfache Gesellschaft nach Artikel 530 des Obligationenrechts.

*Abs. 2bis, 4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 2 art. 70**

*Proposition de la commission*

*Al. 2*

... sur le territoire suisse. N'est pas réputée entreprise la société simple au sens de l'article 530 du code des obligations.

*Al. 2bis, 4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Ich möchte einfach darauf hinweisen, dass die parlamentarische Initiative Wicki 19.413, "RTVG. Keine Doppelbesteuerung von Arbeitsgemeinschaften", der von beiden Kommissionen ja Folge gegeben worden ist, direkt umgesetzt wurde. Man hat die Gelegenheit dieses laufenden Gesetzgebungsverfahrens dafür benutzt, die einfachen Gesellschaften nach Artikel 530 des Obligationenrechts von der Gebührenpflicht zu befreien. Das war in beiden Kommissionen ein unbestrittenes Anliegen, das hier relativ pragmatisch erfüllt werden konnte.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Nur ganz kurz vonseiten des Bundesrates: Ich möchte noch das Rätsel lösen, weshalb der Bundesrat seinerzeit die Motion 20.3140 der WAK-N vom 21. April 2020, "RTVG-Abgabe. Abschaffung der Mehrfachbesteuerung von Arbeitsgemeinschaften", zur Ablehnung empfohlen hatte. Das war eben aus diesen formalen Gründen, weil die Behandlung der parlamentarischen Initiative bereits weit fortgeschritten war; jetzt ist diese bereits im Gesetz umgesetzt. Dies einfach, damit Sie das nachträglich auch noch einordnen können.

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 2 Gliederungstitel vor Art. 76**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 2 titre précédant l'art. 76**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 2 Art. 76**

*Antrag der Kommission*

... die dauerhaft praxisnahe Aus- und Weiterbildungen für redaktionell tätige Mitarbeitende von Medien ...

AB 2020 S 615 / BO 2020 E 615

**Ch. 2 art. 76**

*Proposition de la commission*

... continues axées sur la pratique et destinées aux collaborateurs de médias actifs au sein de la rédaction ...





**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Bei Artikel 76 kann ich etwas Entwarnung geben, weil die Fahne nicht genau das wiedergibt, was die Kommission eigentlich wollte. Korrekterweise würde nämlich das Adjektiv "elektronisch" vor Medien auch in der Variante der Kommission stehen. Der einzige Unterschied war die Frage der praxisnahen Aus- und Weiterbildung.

Die Kommission liess sich davon überzeugen, dass es verfassungsrechtliche Probleme gegeben hätte, hätte man eine Grundlage für die Aus- und Weiterbildung schaffen wollen, die aufgrund des Radio- und Fernsehgesetzes allen Medien zur Verfügung gestanden hätte.

Ich möchte also die Fahne korrigieren, und zwar müsste es in der Variante der Kommission heissen: "... für redaktionell tätige Mitarbeitende von elektronischen Medien ..."

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Frau Bundespräsidentin Sommaruga schliesst sich dem korrigierten Antrag der Kommission an.

*Angenommen gemäss modifiziertem Antrag der Kommission  
Adopté selon la proposition modifiée de la commission*

**Ziff. 2 Art. 76a**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 2 art. 76a**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 2 Art. 76b**

*Antrag der Kommission*

... Nachrichtenagenturen und Agenturen für audiovisuelle Inhalte von nationaler Bedeutung ...

**Ch. 2 art. 76b**

*Proposition de la commission*

... de presse et les agences proposant des contenus audiovisuels d'importance nationale ...

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Bei Artikel 76b legte die Kommission Wert darauf, dass Agenturleistungen – auch audiovisuelle Inhalte – mitfinanziert werden können. Die Voraussetzung der nationalen Bedeutung gilt immer noch. Es kann sich also nicht jede Agentur hier anmelden. Zugang zur finanziellen Unterstützung erhalten Agenturen nur unter der Voraussetzung, dass sie eine nationale Bedeutung haben. Für die Kommission war die Formulierung des Bundesrates zu eng, deshalb erfolgte diese begriffliche Erweiterung, die womöglich aber auch in der Fassung des Bundesrates mit enthalten ist.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Ich möchte Sie auf Folgendes aufmerksam machen: Ich glaube, die Differenz ist nicht so gross, aber wir werden diese Frage betreffend audiovisuelle Inhalte im Zweitrat noch einmal anschauen müssen. Die Nachrichtenagentur SDA z. B. arbeitet ja heute multimedial, sie liefert Berichterstattung in Text, Bild und Video. Die Frage ist ein bisschen: Wollen Sie das dann einschränken? Oder was bewirkt man genau, wenn man hier eine solche Einschränkung vornimmt?

Ich werde jetzt nicht dagegen opponieren, aber ich glaube, es lohnt sich, diese Frage, was ganz genau Sinn und Zweck ist, dann im Nationalrat noch einmal zu klären. Es ist ja so, dass auch die Agenturen von nationaler Bedeutung, die sich zu einer dreisprachigen Berichterstattung verpflichtet haben, wichtig sind – das ist für das Mediensystem wichtig. Mit dem Antrag der Kommission würden wir z. B. eine reine Audioagentur unterstützen müssen, die aber nur für das Radio produziert, nur in einer Sprachregion tätig ist und nicht den gesamten Nachrichtenbereich abdeckt.

Ich bin noch nicht ganz sicher, ob sich Ihre Kommission das wirklich genau so gedacht hat. Aber ich denke, wir können das im Zweitrat noch einmal anschauen.

*Angenommen – Adopté*





**Ziff. 2 Art. 76c**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 2 art. 76c**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. 2 Art. 76d**

*Antrag der Mehrheit*

*Abs. 1*

... höchstens 50 Prozent.

*Abs. 2–4*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

*Antrag der Minderheit*

(Mazzone, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Zopfi)

*Abs. 1*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. 2 art. 76d**

*Proposition de la majorité*

*Al. 1*

... part s'élève à 50 pour cent au plus.

*Al. 2–4*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Mazzone, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Zopfi)

*Al. 1*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Artikel 76d Absatz 1 legt die Bemessungsgrundlage für die Fördermassnahmen fest. Welche Kosten anrechenbar sind und wie hoch der Eigenleistungsanteil sein muss, soll durch den Bundesrat geregelt werden. Das ist die Regel. Minimal, so der Bundesrat und die Minderheit Mazzone, müssten aber 20 Prozent der anrechenbaren Kosten von den Projektträgern selber getragen werden. Der Mehrheit schien ein solches Verhältnis zwischen Förderbeiträgen aus Gebühreneinnahmen und zumutbarer Eigenleistung unangemessen. Gemessen auch am Interesse der Branche selber für die Entwicklung von zukunftsfähigen Geschäftsmodellen soll nach Auffassung der Mehrheit der Förderbeitrag nicht mehr als 50 Prozent der anrechenbaren Kosten betragen.

Die Minderheit möchte bei der Fassung des Bundesrates bleiben und den Eigenleistungsanteil bei maximal 20 Prozent festlegen. Frau Kollegin Mazzone wird die Minderheit hier vertreten.

**Mazzone** Lisa (G, GE): Cette clé de répartition ou ce plafond s'appliquant au soutien public vise l'ensemble des articles 76 à 76c qui concernent la formation, la formation continue, le soutien aux organismes d'autorégulation de la branche – je pense en particulier au Conseil suisse de la presse –, les agences de presse – dont on connaît la situation – et le développement d'infrastructures innovantes dans le domaine du numérique et, donc, l'accompagnement à cette transition. Ce qu'il est important de relever et que nous avons notamment clarifié en commission, c'est que le taux de 80 pour cent de couverture, de soutien public, correspond à la fois à la base légale en matière de subventionnement et aux restrictions de l'article constitutionnel. Il y a aussi une symétrie par rapport à

AB 2020 S 616 / BO 2020 E 616

ce qui est pratiqué dans le cadre d'autres subventionnements puisque, dans la loi fédérale sur la radio et la





télévision, les coûts de diffusion de la technologie DAB plus, par exemple, sont aussi couverts à 80 pour cent. C'est une symétrie avec ce que souhaite le Conseil fédéral dans son projet.

En réalité, la raison pour laquelle la part des coûts imputables qui peuvent être couverts par les contributions est fixée à 80 pour cent, c'est que visiblement, selon les discussions qui ont été menées, fixer cette part à 50 pour cent ne permettrait pas d'atteindre l'objectif de soutien à la presse tel qu'on l'a souhaité. En particulier, on sait que les entreprises n'ont pas les moyens de couvrir une plus grande part des coûts visés et, donc, le risque est que les mesures de soutien ne soient simplement pas sollicitées, qu'elles ne déploient pas leurs effets et, donc, qu'il soit renoncé notamment à des investissements informatiques dans le domaine de la numérisation. Dans le message, on mentionne notamment des plateformes techniques communes de fournisseurs de médias ou des logiciels d'adaptation de contenus s'adressant par exemple aux personnes malentendantes et qui pourraient être utilisés de manière transversale par différents médias. Je pense que c'est typiquement le genre de développement dont on a besoin. Or, sans un soutien suffisant, le coût à prendre en charge par les entreprises concernées sera trop élevé et, en conséquence, elles renonceront à certains développements techniques, avec le risque de ne pouvoir atteindre les buts qui ont été fixés.

**Français** Olivier (RL, VD): Je vous rends attentifs à l'article 76. Dans le droit en vigueur, il est question exclusivement de la formation et de la formation continue des professionnels. Dans le cas actuel de situation d'urgence, on veut donner un appui à la branche en accordant un financement, comme c'est dit, entre autres, aux infrastructures numériques.

Mais ce n'est pas que cela qui est proposé. A l'article 76b, il est relevé que "l'OFCOM peut soutenir financièrement sur demande les agences de presse d'importance nationale". Bref, c'est une aide directe à un producteur, qui pourrait être l'ATS, comme cela a été relevé. Mais cela va beaucoup plus loin: à l'article 76 alinéa 2 lettre a, comme condition à l'octroi de la contribution, il est mentionné que l'infrastructure "permet ou optimise l'acquisition, la production ou la diffusion d'offres journalistiques ou améliore la réparabilité de ces offres". On rentre dans le contenu, et il n'y a plus de limites!

Si, demain, je constate que mon voisin a un outil numérique de très haute qualité, rien ne l'empêche de déposer une demande et de dépenser l'argent, puisque la crousille est sympathique. Si on ne régule pas, on n'y arrive pas. Quand on est à 50/50, on discute autrement: tu donnes, je donne. C'est cela le principe. C'est le principe des subventions fédérales, même si le taux de 50 pour cent n'est pas clairement inscrit. C'est clairement une des règles fondant toutes les contributions fédérales: c'est moitié-moitié. Le canton demande, la Confédération met le complément; il y a un glissement de terrain, on fait le partage. Dans le projet du Conseil fédéral, il n'y a plus de régulation. C'est le principe "je prends l'argent, et on ne discute pas". Cela s'arrête là!

La régulation doit exister, c'est pourquoi la commission propose de préciser, à l'article 76d, que la part des contributions s'élève à 50 pour cent au plus. Sinon, demain, il faut faire évoluer le texte législatif tel que proposé. Pour ma part, je n'ai rien contre un appui à la fourniture du numérique, bien au contraire. Mais le contenu du texte tel que prévu par le Conseil fédéral déroge selon moi à la règle applicable aux subventions. En cela, je ne peux que vous recommander de suivre la proposition de la majorité.

**Rechsteiner** Paul (S, SG): Es tut mir leid, Kollege Français, dass ich Ihnen, meinem Sitznachbarn, widersprechen muss. Die Diskussion in der Kommission zu diesem Punkt war ja sehr kurz. Ich habe mich im Nachgang zum Entscheid noch erkundigt, weshalb jetzt dieser Ansatz von 80 Prozent vorgeschlagen wird. Er orientiert sich an der Subvention für die DAB-Verbreitungskosten, wo auch 80 Prozent vorgesehen sind. Die 80 Prozent – jetzt bezogen auf diesen Punkt – waren in der Vernehmlassung offenbar vollkommen unbestritten. Bei den Agenturen, die Sie erwähnt haben, wird ein Fixbetrag vergütet. Das kann also nicht mit dieser Geschichte verglichen werden.

Es geht hier offenbar vor allem um IT-Kosten. Wenn der Subventionssatz hier auf 50 Prozent heruntergenommen würde, dann würde das die Förderwirkung stark beeinträchtigen. Es geht ja doch um eine Fördermassnahme, die jetzt medienpolitisch von einiger Bedeutung ist, wenn wir namentlich auch an Innovationen denken.

In diesem Sinne möchte ich Sie bitten, hier dem Bundesrat zu folgen und dem Antrag der Minderheit Mazzone zuzustimmen, gemäss dem, was auch in der Vernehmlassung so anerkannt worden ist.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Ich möchte Sie ebenfalls bitten, den Bundesrat und damit die Minderheit Mazzone zu unterstützen. Sie haben vorhin in Artikel 40 die Subventionen für die privaten Radio- und Fernsehveranstalter ziemlich massiv erhöht. Diese Radio- und Fernsehveranstalter bekommen zwischen 70 und 80 Prozent Subvention. Wenn Sie also sagen, nein, 50 Prozent sei eigentlich das Normale, so haben Sie vorhin gerade anders entschieden. Sie haben also 70 bis 80 Prozent Subvention bei diesen Veranstaltern,



und Sie haben die Subvention massiv erhöht, um 28 Millionen Franken. Jetzt zu sagen: "Nein, hier jetzt nur 50 Prozent", sage ich einmal, ist vielleicht nicht hundertprozentig konsistent mit dem, was Sie vorhin entschieden haben.

Warum steht das im gleichen Gesetz, und worum geht es hier? Hier geht es unter anderem, aber vor allem, um IT-Investitionen. Warum wollen wir hier IT-Investitionen unterstützen? Wir wollen nicht Betriebskosten unterstützen, sondern Entwicklung. Die Unterstützung ist auch zeitlich begrenzt, das sehen Sie in Artikel 76c Absatz 1: "Das BAKOM kann die Entwicklung und zeitlich begrenzt den Betrieb innovativer digitaler Infrastrukturen im Bereich der elektronischen Medien finanziell unterstützen." Wir haben auch geschrieben, dass das vor allem dort sein soll, wo gemeinsame Lösungen gesucht werden. Sie wissen, dass heute die Amortisationskosten von solchen IT-Entwicklungen hoch sind. Da müssen Sie zuerst investieren. Wir haben gesagt, wir möchten das als Basis ermöglichen, um eben auch diese digitalen Produkte und Infrastrukturen zu ermöglichen. Wir unterstützen zudem vorwiegend dort, wo Branchenlösungen gemeinsam gesucht werden, also bei Infrastrukturen, die nachher Verschiedene nutzen können. Das ist sehr effizient. Von daher bin ich der Meinung, es sei wirklich der falsche Ort, hier zu sagen: "Nein, nein, 50 Prozent Subvention genügen." Denn wir wollen hier die Subvention gerade so einsetzen, dass möglichst Verschiedene davon profitieren können. Wir sind in einer neuen Medienwelt. Sie haben vorhin viel für die Zeitungen gemacht; das ist ganz wunderbar. Aber schauen Sie den Medienkonsum heute an. Wir brauchen diese neuen technologischen Lösungen, und wenn Sie dort möglichst effizient subventionieren wollen, dann machen Sie es eben nicht so, dass jeder Einzelne auch noch ein Beiträgchen bekommt, sondern Sie investieren dort, wo gemeinsame Investitionen in Grundlagen gemacht werden, von deren Infrastruktur möglichst viele profitieren können. Das ist dann für die Medienanbieterinnen nachher auch entsprechend kostengünstig.

Ich bitte Sie hier also, Ihre Kommissionsminderheit zu unterstützen, weil Sie ausgerechnet hier, denke ich, mit einer gemeinsamen Nutzung von solchen Angeboten kostengünstig sind. Da würde ich jetzt versuchen, auch solche Investitionen und Infrastrukturen zu ermöglichen. Sie haben am meisten Effizienz, wenn Sie hier das Geld gezielt so einsetzen können.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Minderheit ... 20 Stimmen

Für den Antrag der Mehrheit ... 19 Stimmen

(1 Enthaltung)

#### *Übrige Bestimmungen angenommen*

*Les autres dispositions sont adoptées*

AB 2020 S 617 / BO 2020 E 617

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Bevor wir über den Streichungsantrag der Minderheit Knecht zu Ziffer II befinden können, haben wir den betreffenden Anhang zu bereinigen.

#### **Anhang**

##### *Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

##### *Antrag der Minderheit*

(Knecht, Dittli, Salzmann)

##### *Art. 1 Abs. 2 Bst. a*

a. Es wird ein bestimmter Mindest-Nettoumsatz erzielt; der Bundesrat legt den Mindest-Nettoumsatz für jede Sprachregion fest.

##### *Art. 2 Abs. 1*

Der Beitrag bemisst sich am Nettoumsatz des Online-Medienangebots.

##### *Antrag der Minderheit*

(Mazzone, Engler, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Zopfi)

##### *Art. 1 Abs. 2 Bst. gbis*

gbis. Die für das Angebot verantwortliche Organisation oder die oder der dafür verantwortliche Medienschaffende gewährleistet, dass sie oder er das Arbeitsrecht und die in der Branche üblichen Arbeitsbedingungen



einhält.

*Antrag der Minderheit*

(Knecht, Burkart, Dittli, Salzmann, Wicki)

*Art. 4*

Zur Finanzierung der Förderbeiträge stehen während der Geltungsdauer des Gesetzes insgesamt 300 Millionen Franken aus allgemeinen Bundesmitteln zur Verfügung. Die jährlich zur Verfügung stehenden Mittel reduzieren sich fortlaufend.

*Antrag Hegglin Peter*

*Art. 4*

... jährlich maximal 30 Millionen Franken ...

**Annexe**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Proposition de la minorité*

(Knecht, Dittli, Salzmann)

*Art. 1 al. 2 let. a*

a. un chiffre d'affaires net minimal est généré; le Conseil fédéral fixe le montant de ce chiffre d'affaires net minimal pour chaque région linguistique;

*Art. 2 al. 1*

Le montant de la contribution est calculé en fonction du chiffre d'affaires net généré par l'offre en ligne.

*Proposition de la minorité*

(Mazzone, Engler, Herzog Eva, Rechsteiner Paul, Zopfi)

*Art. 1 al. 2 let. gbis*

gbis. l'organisation ou le professionnel des médias responsable de l'offre garantit qu'il respectera le droit du travail et les conditions de travail usuelles dans la branche.

*Proposition de la minorité*

(Knecht, Burkart, Dittli, Salzmann, Wicki)

*Art. 4*

Pour le financement des contributions, 300 millions de francs provenant des ressources générales de la Confédération sont mis à disposition au total pour la durée de validité de la présente loi. Les fonds disponibles annuellement sont régulièrement réduits.

*Proposition Hegglin Peter*

*Art. 4*

... maximum 30 millions de francs ...

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Wir werden am Schluss über den Antrag abstimmen, ob überhaupt ein Bundesgesetz über die Förderung von Online-Medien geschaffen werden soll oder nicht. Wenn ich es richtig verstanden habe, bereinigen wir zuerst das Konzept. Am Schluss wird dann das bereinigte Konzept der Minderheit Knecht gegenübergestellt.

Ich möchte doch zwei, drei einleitende Bemerkungen zu diesem Online-Mediengesetz machen, weil es sich um ein neues Gesetz handelt. Um die Medienbranche bei der digitalen Transformation zu unterstützen, sollen neu auch Online-Medien gefördert werden. Das ist die Absicht des Bundesrates, dafür will der Bundesrat jährlich 30 Millionen Franken an Bundesmitteln zur Verfügung stellen. Unterstützt werden Online-Medien, die auf Erträge der Leserschaft zählen können. Das ist die erste Differenz, die wir bei Artikel 1 Absatz 2 ausdiskutieren werden: Sollen auch Gratis-Online-Angebote davon profitieren können oder nicht?

Angerechnet werden sollen Einnahmen aus Online-Abos, aber auch Tagespässen oder Einzelabrufen sowie freiwilligen Beiträgen der Leserschaft. Die Verlage erhalten so einen zusätzlichen Anreiz, digitale Angebote zu entwickeln, die ein zahlungsbereites Publikum erreichen. Die Unterstützung soll wie bei der indirekten Presseförderung an formale Voraussetzungen geknüpft werden, zum Beispiel die klare Trennung von redaktionellen



Inhalten und Werbung, die Ausrichtung auf ein breites Publikum und die Anerkennung von Branchenrichtlinien zur journalistischen Praxis. Die Unterstützung soll sich am Publikumsumsatz bemessen und degressiv ausgestaltet werden, alles Voraussetzungen, die wir vorhin ja auch im Printbereich übernommen haben. Damit nimmt der Anteil der Unterstützung mit zunehmender Höhe des Umsatzes ab. Dies führt wiederum zu einer stärkeren Unterstützung von Medienangeboten mit einer regionalen Ausrichtung. Dabei wird die Marktgrösse der Sprachregionen ebenfalls berücksichtigt.

Es ist zweifellos richtig, dass Online-Medien in Zukunft gefördert werden sollen. Mit dieser Gleichbehandlung von Online- und Printanbietern würden wir nicht nur vornehmlich neuere Marktteilnehmer unterstützen, es würde auch dem veränderten Nutzungsverhalten in der Bevölkerung Rechnung getragen und die digitale Transformation seitens der Medien mit Mitteln der öffentlichen Finanzierung angestossen.

Richtig ist, dass die Förderung auch an eine vorhandene Finanzierung durch das Publikum gekoppelt wird. Zentral für die Förderung der Online-Medien im Sinne der Medienvielfalt ist die Ausgestaltung des degressiven Verteilschlüssels. Das heisst, je kleiner das Medium, desto grösser ist der Förderprozentsatz. Das ist ja genau die Absicht dieses Gesetzes: nicht etwa Google zu sponsern, sondern im Kleinen regionale Angebote entwickeln zu lassen und dafür auch eine Anstossfinanzierung zu gewährleisten. Diese Finanzierung ist im Übrigen auf zehn Jahre beschränkt und somit auch überschaubar. Wir werden darauf auch noch zurückkommen.

**Knecht** Hansjörg (V, AG): Wenn man mit dieser Vorlage schon fördern will, dann ist es störend – und jetzt sind wir wieder, analog zum Postgesetz, bei der Grundsatzfrage –, dass bei den Online-Medien gemäss Antrag des Bundesrates und der Mehrheit der Kommission keine unentgeltlichen Angebote gefördert werden sollen.

Ich sehe dabei folgende Gefahr: Wenn eine Förderung nur bei einem kostenpflichtigen Angebot bestehen soll, so haben auch unentgeltliche Online-Medien einen Anreiz, auf irgendeine Art und Weise kostenpflichtig zu werden – mit dem Ergebnis, dass ganze Bevölkerungskreise von der Nutzung ausgeschlossen werden. Schliesslich sind nicht alle Konsumentinnen und Konsumenten finanziell in der Lage, ein Abonnement zu bezahlen, oder sie wollen es schlichtweg nicht, oder es ist ihnen zu umständlich, sich ständig irgendwo registrieren und einloggen zu müssen. Der Bundesrat hat in seiner Botschaft selbst festgestellt, dass die Zahlungsbereitschaft für Online-Medien tief ist. Das wird sich wohl kaum verändern. Unentgeltliche Online-Medien sind leicht und schnell für jeden zugänglich.

Der Einbruch der journalistischen Vielfalt zeigt sich vor allem in der Regional- und Lokalpresse. Gleichzeitig ist es gerade für die Lokalpresse schwierig, Abonnenten zu gewinnen. Der

AB 2020 S 618 / BO 2020 E 618

entscheidende Punkt ist daher nicht, wie sich Online-Medien finanzieren, sondern dass die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Informationen überhaupt an die Bevölkerung gelangen. Da die Gratis-Online-Medien die Schwelle für den Zugang zu relevanten journalistischen Informationen tief halten, erfüllen sie eine wesentliche staats- und demokratiepolitische Funktion, welche in Zukunft immer wichtiger werden wird.

Das ist mein Votum zu meinem ersten Minderheitsantrag, und ich schliesse das Votum zum zweiten Minderheitsantrag zu Artikel 4 gleich an. Dazu Folgendes: Über zehn Jahre hinweg sollen insgesamt 300 Millionen Franken zur Verfügung stehen. Es ist aber wesentlich, dass die Höhe der Zahlungen nicht über zehn Jahre hinweg gleich ist, sondern dass sie in jedem Jahr abnimmt. Denn nur so ist meines Erachtens der Grundgedanke, nämlich eine Anschubfinanzierung zu ermöglichen, gewährleistet.

Denn der Bundesrat hält in der Botschaft fest, dass die Subventionen dem Aufbau dieses Geschäftsmodells als Überbrückung dienen sollen, "bis die Kosten vollumfänglich über Werbe- und Publikumseinnahmen gedeckt werden können". Bei gleichbleibenden Beträgen über zehn Jahre hinweg besteht nämlich die Gefahr einer Gewöhnung und einer Abhängigkeit an die Subventionen.

Ich bitte Sie, meine beiden Minderheitsanträge zu unterstützen.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Es ist ein bisschen schwierig; eigentlich sollte man schon noch ausführen können, warum der Bundesrat Ihnen überhaupt das Bundesgesetz über die Förderung von Online-Medien vorschlägt. Ich kann aber vielleicht auch aufnehmen, was der Berichterstatter bereits ausgeführt hat. Sie haben heute Morgen ausführlich über die Bedeutung der Medien für die Demokratie und auch über die Medien im Föderalismus in einem viersprachigen Land gesprochen. Was für den Print gilt, vor allem für die lokalen und regionalen Zeitungen, gilt natürlich genauso für die einheimischen Online-Medien. Jetzt, im Zeitalter der Transformation, wollen junge Menschen ihre Zeitung halt online lesen. Vor allem für lokale und regionale Zeitungen ist diese Transformation ganz besonders schwierig. Sie ist teuer. Es ist eben nicht einfach so, dass



online ganz günstig ist und beim Print eigentlich fast nur das Zeitungspapier kostet. Publizistische Inhalte herstellen – schweizerische publizistische Inhalte herstellen –, das ist das Teure. Ob Sie die Inhalte dann mittels einer IT-Infrastruktur online oder in der Zeitung zur Leserin und zum Leser bringen – auch dort entstehen einfach Transferkosten, sage ich einmal.

Deshalb sind wir der Meinung, dass wir in diesem Medienpaket nicht nur in die Vergangenheit gerichtet sagen können: "Es gab schon immer Zeitungen, es wird auch immer nur Zeitungen geben, und das ist das einzige, das wir unterstützen." Die Transformation der einheimischen Medien, vor allem der lokalen und regionalen Medien, in Richtung online ist aufwendig. Die muss jetzt kommen, sie ist im Gang. Weshalb sollen die Online-Medien nicht auch Unterstützung kriegen, wenn die Zeitung, der Print, Unterstützung bekommt? Wir haben versucht, genau die gleichen Voraussetzungen zu formulieren.

Das ist der Grund, und damit komme ich zum ersten Antrag, weshalb wir Sie bitten, den Antrag der Minderheit Knecht abzulehnen. Sie haben heute Morgen entschieden, dass Sie aus den bekannten Gründen Gratiszeitungen eben nicht unterstützen wollen. Sie wollen eine möglichst breite finanzielle Abstützung. Aus unserer Sicht soll das Gleiche auch bei den einheimischen Online-Medien gelten. Die Unterstützung ist also nur für diejenigen, die eine Publikumsbeteiligung haben. Das muss dann nicht zwingend ein Jahresabonnement sein, Herr Knecht. Online, das wissen Sie, gibt es z. B auch einen Tagespass. Wir gehen sogar so weit, dass wir sagen, dass dort auch freiwillige Beteiligungen angerechnet werden können, um den Zugang wirklich zu ermöglichen. Aber eine gewisse Beteiligung und Mitfinanzierung durch das Publikum – so, wie Sie das heute ja auch bei den Zeitungen entschieden haben – soll vorhanden sein. Wir haben also eine hohe Parallelität zu den einheimischen, vor allem regionalen und lokalen Zeitungen, und wir haben das Modell auf die Online-Angebote der einheimischen Medien übergeführt. In diesem Sinn bitte ich Sie, den Antrag der Minderheit Knecht abzulehnen.

Zum zweiten Minderheitsantrag Knecht zu Artikel 4: Herr Knecht möchte festschreiben, die Finanzierung gehe über zehn Jahre, man gebe 300 Millionen Franken, und die Mittel sollten fortlaufend abnehmen. Tatsache ist aber, dass gerade viele lokale und regionale Zeitungen das Online-Angebot heute noch nicht haben. Sie müssen es zuerst aufbauen – das ist kostspielig. Deshalb möchten wir sie ja bei dieser Transformation auch unterstützen. Es ist heute eher noch ein kleines Angebot, und wir sind der Meinung, dass sich das in den nächsten Jahren vergrössern wird. Jetzt wäre es aber ein bisschen bizarr, wenn Sie sagen würden, dass wir ihnen in den ersten Jahren viel Geld zur Verfügung stellen und ihnen das Geld dann wegnehmen, wenn die einheimischen Online-Angebote kommen. Das wäre eigentlich umgekehrt proportional. Deshalb bitten wir Sie, hier mit diesen jährlich 30 Millionen Franken befristet auf zehn Jahre eine fixe Vorgabe zu haben, wie Sie das bei den Zeitungen auch machen. Aber wir haben vorgesehen, wie Sie es heute Morgen bei den Zeitungen beschlossen haben, dass es degressiv sein soll. Dort, wo Sie einheimische Online-Angebote haben, die überregional sind, haben Sie dann auch Skaleneffekte, deshalb ist das Modell degressiv. Je grösser der Umsatz im Online-Bereich ist, desto kleiner ist die Unterstützung, und je kleiner bei den Zeitungen die Auflage respektive bei den Online-Angeboten der Umsatz ist, desto grösser ist die Unterstützung.

Ich bitte Sie also, nachdem Sie die Entscheide heute Morgen gefällt haben, hier diese Analogie auch beizubehalten. Es soll also eine Publikumsbeteiligung geben, und es soll auch einen fixen Betrag geben, vor allem, weil dieses Angebot in den nächsten Jahren erst richtig aufgebaut wird.

Aber ich sage noch zwei Sätze dazu, warum wir Ihnen das überhaupt beantragen. Die lokalen und regionalen Zeitungen wissen heute, dass sie auch ein Online-Angebot haben müssen. Mit der Reichweite können sie nicht arbeiten. Wir haben heute Morgen bei den "Schaffhauser Nachrichten" gesehen, dass sie nicht sagen können, dass sie nur, weil sie online sind, eine völlig andere Reichweite haben; sie bleiben beim Publikum, das sie haben. Das heisst, sie müssen eigentlich jetzt dort Kosten aufwerfen, ohne dass sie zwingend schon alle haben, die bereit sind, für das Angebot zu bezahlen. Da möchten wir jetzt einen Schub geben, damit diese Transformation gelingt. Ich sage es einfach ganz deutlich: Die Werbeeinnahmen gehen heute ins Ausland, und die einheimischen Online-Angebote haben noch mehr Mühe, Werbegelder zu generieren. Sie haben auch Mühe, weil die Menschen sich gewohnt sind, dass im Internet alles gratis ist. Hier muss ein Umdenken stattfinden, dass eine gewisse Beteiligung des Publikums nötig ist. Aber noch einmal: Das können auch freiwillige Beiträge, es kann eine gewisse freiwillige Unterstützung sein, in verschiedenen Formen. Ich denke, da muss man der modernen Welt auch gerecht werden und darf im Jahr 2020 nicht eine Vorlage verabschieden, die ausschliesslich die gedruckten Zeitungen unterstützt. Ich weiss nicht, wie Ihre Söhne und Töchter Zeitung lesen, aber ich kenne wenige, die eine gedruckte Zeitung in die Hand nehmen, sondern sie wollen sie online lesen.

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung: Heute haben Sie gesagt, Sie wollten mit der Frühzustellung sicherstellen, dass die Leute schon am Morgen Zugang zu publizistischen Inhalten haben. Das haben Sie heute



ausgeweitet, mit 40 Millionen Franken. Es wird aber immer noch Regionen geben – etwa im Tal, wo Herr Zopfi wohnt –, wo man die Zeitung weiterhin nicht am Morgen wird lesen können. Wenn Sie ein einheimisches Online-Angebot haben, Herr Zopfi, dann können auch Sie am Morgen früh wenigstens online ein einheimisches Medium lesen.

In diesem Sinne, glaube ich, wäre es jetzt auch kohärent, wenn Sie das einheimische Online-Angebot und dessen Aufbau hier entsprechend unterstützen.

AB 2020 S 619 / BO 2020 E 619

*Art. 1 Abs. 2 Bst. a; 2 Abs. 1 – Art. 1 al. 2 let. a; 2 al. 1*

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 24 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 15 Stimmen

(1 Enthaltung)

*Art. 1 Abs. 2 Bst. gbis – Art. 1 al. 2 let. gbis*

**Engler** Stefan (M-CEB, GR), für die Kommission: Sie ersehen aus der Fahne, dass ich als Berichterstatter bei dieser Frage zur Minderheit gehöre und nun versuchen müsste, die Argumente der Mehrheit kurz auszuführen. Es geht also darum, ob – analog zu den Printmedien – nicht auch von den Online-Medien anständige Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für die Beitragsberechtigung verlangt werden müssten. Ich nehme an, Frau Mazzone wird nachher kurz ausführen, weshalb es speziell im Online-Bereich notwendig ist, von Anfang an Arbeitsbedingungen zu verlangen, die Förderbeiträge erst rechtfertigen.

Die Mehrheit ist der Auffassung, das gelte sowieso; das Arbeitsrecht sei ohnehin einzuhalten, also gebe es keinen Grund dafür, das auch noch explizit ins Gesetz aufzunehmen. Entsprechend lehnt die Mehrheit einen solchen zusätzlichen Buchstaben gbis ab, indem sie sich auf den Standpunkt stellt, dass das Arbeitsrecht gelte und dies genügen solle.

**Mazzone** Lisa (G, GE): Dans le domaine du soutien à la presse en ligne, le soutien est beaucoup plus direct que dans le domaine du soutien à la distribution. C'est pour cette raison que j'estime que les exigences doivent être renforcées à l'égard des journaux qui proposent du contenu en ligne.

La disposition que je propose est exactement la même que celle qui figure dans la loi sur la radio et la télévision pour les chaînes de télévision et les radios au bénéfice d'une concession. Je l'ai bien entendu, il va de soi que les conditions du droit du travail doivent être respectées. L'objectif est aussi de respecter les conditions de travail usuelles dans la branche. Si cela va de soi, il est aussi assez sensé de l'inscrire noir sur blanc dans la loi, parce que, malheureusement, cela ne va pas toujours de soi. En Suisse allemande, vous le savez, il n'existe plus depuis 2004 de convention collective de travail pour les journalistes. Depuis 2017, les négociations ont repris, mais le résultat n'est malheureusement pas satisfaisant et on n'a pas abouti à une convention collective de travail qui permette de garantir ces conditions minimales.

Il se trouve aussi que la précarité que connaît cette branche découle justement du numérique, qui génère des postes à statut plus précaire. Certes, il y a une indépendance économique, et je la respecte pleinement. J'estime toutefois que quand on donne de l'argent, on est en droit de poser des conditions et des contreparties claires. Cela va de soi, un tiens vaut mieux que deux tu l'auras. Ecrivons-le noir sur blanc dans la loi, et engageons-nous pour que les conditions de travail et les conditions-cadres dans cette branche – qui bénéficiera à l'avenir de dizaines de millions de francs de soutien de la Confédération – soient les plus adéquates possible. Je vous remercie de suivre ma minorité.

**Sommaruga** Simonetta, Bundespräsidentin: Ich habe Verständnis für das Anliegen. Ich denke, wenn man einen Sektor fördert, dann soll es dort auch anständige Arbeitsbedingungen geben. Der Bundesrat hat trotzdem Vorbehalte gegenüber diesem Minderheitsantrag.

Einerseits will Ihre Kommission ausdrücklich ins Gesetz schreiben, dass die geförderten Organisationen das Arbeitsrecht einhalten müssen. Da bin ich eigentlich der Meinung, dass man das nicht ins Gesetz schreiben muss, sondern das gibt es ja bereits. Natürlich schadet es nicht, wenn man es ausdrücklich erwähnt.

Andererseits haben wir mehr Mühe mit dem zweiten Punkt, den "in der Branche üblichen Arbeitsbedingungen". Es ist so, dass wir es bei der Online-Förderung mit unterschiedlichen Anbietern zu tun haben. Da gibt es die Medienhäuser, die heute schon Online-Portale haben, aber es gibt natürlich auch Start-ups, es gibt Nischen-



angebote, es gibt sehr lokal tätige Online-Medien. Wir sprechen ja hier von den einheimischen Online-Medien, und zu definieren, was dann genau die Arbeitsbedingungen dieser Branche sind, ist aus unserer Sicht nicht ganz einfach.

Die Ausgangslage ist auch eine andere als beim Radio- und Fernsehgesetz, weil wir dort zwar eine vergleichbare Vorgabe haben – was Frau Mazzone gesagt hat, stimmt –, aber dort geht es natürlich um konzessionierte Veranstalter mit einem Leistungsauftrag. Also, noch einmal: Wir arbeiten hier bei den Online-Medien, so wie bei den Zeitungen, nicht mit Leistungsaufträgen, auch nicht mit Konzessionen. Das ist natürlich schon ein wesentlicher Unterschied.

Wenn Sie hier Ihre Kommissionsminderheit unterstützen würden, wären Sie in Bezug auf die Arbeitsbedingungen auch strenger als bei der indirekten Presseförderung, also bei dem, was Sie heute Morgen besprochen haben, weil es bei den gedruckten Zeitungen keine vergleichbare Regelung gibt. Man kann es nun bedauern, dass es das nicht gibt, aber ich glaube, wir versuchen hier wirklich, eine Kohärenz zu erreichen und das hinein-zubringen, was Sie bei den Zeitungen machen, und das bei den einheimischen Online-Angeboten möglichst vergleichbar zu machen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, hier die Mehrheit Ihrer Kommission zu unterstützen.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 25 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 14 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Art. 1*

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 20.038/3615)  
Für Annahme der Ausgabe ... 25 Stimmen  
Dagegen ... 16 Stimmen  
(1 Enthaltung)

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht*

*La majorité qualifiée est acquise*

*Art. 4*

**Präsident** (Stöckli Hans, Präsident): Der Antrag Hegglin Peter ist zurückgezogen worden.

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 21 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 19 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Ausgabenbremse – Frein aux dépenses*

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 20.038/3617)  
Für Annahme der Ausgabe ... 22 Stimmen  
Dagegen ... 20 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

*Das qualifizierte Mehr ist nicht erreicht*

*La majorité qualifiée n'est pas acquise*

**Ziff. II; III Abs. 3**

*Antrag der Mehrheit*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates





*Antrag der Minderheit*

(Knecht, Burkart, Dittli, Salzmann, Wicki)  
Streichen

**Ch. II; III al. 3**

*Proposition de la majorité*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

AB 2020 S 620 / BO 2020 E 620

*Proposition de la minorité*

(Knecht, Burkart, Dittli, Salzmann, Wicki)  
Biffer

*Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit ... 22 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit ... 19 Stimmen  
(0 Enthaltungen)

**Ziff. III Abs. 1, 2**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. III al. 1, 2**

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

(namentlich – nominatif; 20.038/3619)  
Für Annahme des Entwurfes ... 29 Stimmen  
Dagegen ... 9 Stimmen  
(3 Enthaltungen)

*Abschreibung – Classement*

*Antrag des Bundesrates*

Abschreiben der parlamentarischen Vorstösse  
gemäss Brief an die eidgenössischen Räte

*Proposition du Conseil fédéral*

Classer les interventions parlementaires  
selon lettre aux Chambres fédérales

*Angenommen – Adopté*